

Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)

Bahnhofstraße 14

35469 Allendorf (Lumda)

Protokoll der 07. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

Sitzungstermin: Montag, den 27.02.2012

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 23:05 Uhr

Ort, Raum: großer Sitzungssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 14

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, Herr Dr. Jochen Karl, eröffnet die 07. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Ladung und die Tagesordnung ordnungsgemäß zugestellt wurden und der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss mit 6 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Es besteht Einvernehmen, die Beratung und Beschlussempfehlung zum Haushaltsplan 2012 vor dem Haushaltssicherungskonzept zu beraten. Somit werden die Tagungsordnungspunkte 1 und 2 getauscht, und es ergibt sich folgende neue Tagesordnung.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 15.02.2012 wurden keine Einwände vorgebracht. Es gilt somit als beschlossen.

Tagesordnung

der 07. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 27.02.2012

- TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2012
hier: Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 20/118/2012
- TOP 2: Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO; 6.
Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum
Haushaltsplan 2012
hier: Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 20/120/2012
- TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

**TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2012
hier: Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 20/118/2012**

Der Haushalt wird zur Beratung und Beschlussempfehlung in folgender Reihenfolge aufgerufen:

- Haushaltssatzung, Gesamtergebnishaushalt und Gesamtfinanzhaushalt
- Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt und Investitionsmaßnahmen
- Haushalts- und Deckungsvermerke (Budgets) mit Teilhaushaltsübersicht
- Stellenplan
- Übersichten
 - über den Stand der Verbindlichkeiten,
 - über den Stand der Rücklagen u. Rückstellungen,
 - über die Verpflichtungsermächtigungen,
 - über die Zuwendungen an die Fraktionen.

Die Anträge bzw. Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushalt werden beim Einzelaufwurf der Produkte beraten und ggf. wird eine Einzelabstimmung hierüber gefasst.

Frau Trezn bittet, zunächst die Jahresergebnisse 2009 bis 2011 dem Protokoll beizufügen. Herr Rausch weist darauf hin, dass diese, auf Grund der fehlenden Eröffnungsbilanz sowie der ausstehenden Rechnungsabschlüsse 2009 bis 2011, vorläufig seien und weder Abschreibungsverbuchungen noch die Verbuchung der Sonderposten enthalten sind. Auch stehen die Bildung und die Auflösung von Rückstellungen noch aus.

Anlage zum Protokoll:

Vorläufige Jahresergebnisse (Gesamtergebnisrechnung) in Verbindung mit den Planansätzen für Abschreibungen und Sonderposten, ohne Rückstellungsverbuchungen (Auflösung u. Bildung):

	2009	
	Ansatz	Ist-Ergebnis
= Jahresergebnis	- 883.515,00 €	- 564.463,84 €

	2010	
	Ansatz	Ist-Ergebnis
= Jahresergebnis	- 747.310,00 €	- 306.287,93 €

	2011	
	Ansatz	Ist-Ergebnis
= Jahresergebnis	- 870.865,00 €	- 548.729,72 €

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Einzeländerungen des Haushaltsplanes 2012:

Produkt 1.1.1.30, Maßnahme 001 – Rathaus allgemein; Umzäunung Rathaus / Bürgerhaus:

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion sowie ein weiterer Antrag der BFA/FDP-Fraktion vor.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Maßnahme „Umzäunung Rathaus“ mit einem Investitionsvolumen von 20 T€ mit einem Haushaltssperrvermerk zu versehen sowie textlich mit der Bezeichnung „Außenanlage Rathaus und Bürgerhaus“ zu erweitern. Die Aufhebung des Sperrvermerks kann durch einen gemeinsamen Beschluss des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses sowie des Bauausschusses erfolgen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- einstimmig angenommen -

Produkt 1.2.2.10 – Öffentliche Sicherheit und allgemeine Öffentliche Ordnung, Pos. 13, Sach- und Dienstleistungen (Antrag der Schiedsfrau vom 21.02.2012):

Für die Schiedsfrau bzw. den Schiedsmann sind im Budget 1.000,00 € berücksichtigt. Es wurden mit dem Schreiben vom 21.02.2012 Haushaltsmittel in Höhe von 2.500,00 € angemeldet, so dass der Haushaltsansatz um 1.500,00 € zu erhöhen wäre.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Planansatz der Pos. 13 für das Jahr 2012 von 11.250,00 € um 1.500,00 € auf 12.750,00 € zu erhöhen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- einstimmig angenommen -

Produkt 1.2.6.10, Maßnahme 001 – Feuerwehren allgemein:

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion vor.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Maßnahme „Beschaffung von Ausstattungsgegenständen“ mit einem Investitionsvolumen von 8.070,00 € mit einem Haushaltssperrvermerk zu versehen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 5 2 SPD, 1 CDU, 1 FWG, 1 BFA/FDP
Nein-Stimmen: 1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Enthaltung: 0

- mehrheitlich angenommen -

**Produkt 1.2.6.10, Maßnahme 002 – Feuerwehr Allendorf / Erweiterung
Feuerwehrgerätehaus Allendorf :**

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion sowie ein weiterer Antrag der BFA/FDP-Fraktion vor.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Maßnahme „Verstärkung des Stromanschlusses“ mit einem Investitionsvolumen von 25 T€ mit einem Haushaltssperrvermerk zu versehen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

- einstimmig angenommen -

**Produkt 1.2.6.10, Maßnahme 005 – Feuerwehr Allendorf / Feuerwehrgerätehaus,
Fahrzeughalle, Fahrzeugersatzbeschaffungen:**

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion vor.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Maßnahme 005 „Feuerwehrgerätehaus, Fahrzeughalle, Fahrzeugersatzbeschaffungen“ mit einem Investitionsvolumen von 188 T€ mit einem Haushaltssperrvermerk zu versehen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

- einstimmig angenommen -

Produkt 3.6.6.10, Bereitstellung von Jugendzentren

Es wird ein Antrag von der FWG-Fraktion gestellt.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die Einzelmaßnahme Dämmung, Fenster und Türen mit einem Investitionsvolumen von 80 T€ mit einem Haushaltssperrvermerk zu versehen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- einstimmig angenommen –

Produkt 5.1.1.10 – Städtebauliche Planung, Pos. 13, Sach- und Dienstleistungen (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 09.01.2012 – Vorlage 60/428/2012):

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN beantragt, die Aufnahme in das Bundesprogramm Klimaschutzprojekte in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative zu beantragen. Herr Zuckermann erläutert den Antrag.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt hierzu mit, dass bereits eine energetische Begutachtung der Gebäude erfolgt ist. Auf Grundlage dessen wurden bereits einzelne Maßnahmen an den Bürgerhäusern in Nordeck und Allendorf sowie am Rathaus vorgenommen.

Es besteht Einvernehmen, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen und zunächst die vorhandenen Informationen im Bauausschuss zu beraten.

Einzelbeschluss:

-ohne-

Produkt 5.3.8.10, Abwasserbeseitigung, Bau, Unterhaltung und Betrieb von Anlagen und Kanälen

Herr Zuckermann bittet um Mitteilung, bis wann mit der endgültigen Abrechnung des Kläranlagenbeitrags zu rechnen ist.

Herr Rausch antwortet hierauf, dass es wegen der bestehenden Arbeitsbelastung aus den Widersprüchen zu den Kläranlagen-Vorauszahlungsbescheiden, der noch

nicht fertig gestellten Eröffnungsbilanz und der offenen Jahresabschlüsse 2009 bis 2011 sowie der parallel laufenden Einführung der gesplitteten Abwassergebühr zum 01.01.2013 zu größeren Verzögerungen kommt. Geplant ist, noch im laufenden Jahr die Endabrechnung des Kläranlagenbeitrags durchzuführen. Die hierzu notwendige Nachkalkulation ist bisher aus den genannten Gründen noch nicht erfolgt.

Produkt 5.3.8.10, Maßnahme 018 - Kanalisation im Stadtteil Allendorf: Treiser Straße (205 T€)

Produkt 5.3.3.10, Maßnahme 016 - Wasserversorgung Allendorf: Wasserleitung Treiser Straße (80 T€)

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion sowie ein weiterer Antrag der BFA/FDP-Fraktion vor.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Maßnahme „Kanalisation und Wasserversorgung Treiser Straße“ mit einem Investitionsvolumen von 285 T€ mit einem Haushaltsspervermerk zu versehen. Gleichzeitig sind mögliche Alternativen zum Leitungsaustausch zur Regenwasserentlastung (u. a. möglicherweise angeschlossene Außenbereichsflächen anderweitig abschlagen) der Kanalisation zu prüfen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- einstimmig angenommen -

Produkt 5.4.1.10 Planung, Bau und Betrieb und Unterhaltung von Verkehrswegen / -anlagen

Es liegt ein Antrag der BFA/FDP-Fraktion vor, den Ansatz in Zeile 15 in Höhe von 1.670,00 € zu streichen.

Herr Rausch teilt hierzu mit, dass diese Aufwendungen im Zusammenhang mit der Auflösung des Ablösebeitrags für den Verkehrskreisel „Am Gewerbepark“ stehen, und diese im Rahmen der doppischen Haushaltsführung als Aufwendungen ausgewiesen werden müssen. Zwar stehen die Höhe und die Fälligkeit immer noch nicht fest, aber für diese Aufwendungen seien dann mit dem Beginn der Nutzung des Verkehrskreisels entsprechende haushaltswirksame Rückstellungen bis zur Auszahlung zu bilden. Auch Herr Jürgen Schmidt verweist auf diese kaufmännische Regel der Buchführung.

Es besteht Einvernehmen, nicht über den Antrag abzustimmen.

Produkt 5.7.3.30, Bereitstellung von Bürgerhäusern, Pos. 13, Sach- und Dienstleistungen:

Es liegt ein gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion vor. Für die Erneuerung der Toilettenanlage des großen Saals und der Bürgerhausgaststätte, den Austausch der Holzfenster und die Errichtung einer behindertengerechten Toilettenanlage im BGH Nordeck ist der Haushaltsansatz für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 69.900,00 € um 70.000,00 € auf 139.900,00 € zu erhöhen.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Planansatz der Pos. 13 für das Jahr 2012 von 69.900,00 € um 70.000,00 € auf 139.900,00 € zu erhöhen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- einstimmig angenommen -

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit –plan 2012 und Anlagen insgesamt:

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge für das Haushaltsjahr 2012 zu beschließen.

Er empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Kenntnisnahme der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015 und das zugrunde liegende Investitionsprogramm gemäß § 101 HGO zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5	2 SPD, 1 CDU, 1 FWG, 1 BFA/FDP
Nein-Stimmen:	0	
Enthaltung:	1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

- einstimmig angenommen -

**TOP 2: Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO; 6.
Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum
Haushaltsplan 2012
hier: Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 20/120/2012**

Aufgrund der tagesaktuellen Presseveröffentlichungen wird seitens von Herrn Gerold Franz die Bürgermeisterin um eine Sachstandsmitteilung zur IKZ mit der Nachbarkommune Rabenau gebeten. Die IKZ sei auch Gegenstand und Inhalt des Haushaltssicherungskonzeptes.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause weist darauf hin, dass es besser sei, miteinander, und nicht wie bedauerlicherweise geschehen, übereinander zu reden. Es bestünde bereits eine Zusammenarbeit in den Bereichen Bauhof und Forstwirtschaft. Für die gemeinsame Zusammenarbeit im Bereich der Kläranlage bedürfen noch Einzelheiten der Klärung. Über das Ergebnis ist noch zu berichten. Darüber hinaus wurde seitens der Stadt Allendorf (Lumda) eine Zusammenarbeit in den Bereichen „gemeinsamer Ordnungsbehördenbezirk, Verkehrsüberwachung“ sowie „Vollstreckung“ angeboten. Diese Zusammenarbeit wurde jedoch seitens der Gemeinde Rabenau abgelehnt. Bezüglich der Zusammenarbeit mit der Gemeinde Rabenau im Bereich der Finanzen müssten zunächst die vorhandenen Grundlagen (Personal- Arbeits- u. EDV-Strukturen) erarbeitet werden, um diese dann den Gremien bzw. in der Haushaltskonsolidierungsarbeitsgruppe zur Beratung vorlegen zu können. Auch müssten die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Prozess eingebunden werden.

Herr Franz bittet um Erarbeitung und Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes für die nächsten fünf Jahre zur nächsten Stadtverordnetensitzung. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause weist darauf hin, dass solch ein Konzept binnen einer Wochenfrist aus den genannten Gründen so nicht vorgelegt werden kann.

Auch Herr Krieb appelliert in dieser Frage sachlich zu diskutieren, die bestehenden Fragen objektiv zu behandeln und natürliche Personalfluktuationen für eine Zusammenarbeit zu nutzen.

Es erfolgt eine Aussprache zum Haushaltssicherungskonzept. Herr Vorsitzender Dr. Jochen Karl weist darauf hin, dass auf Grund des nach wie vor nicht ausgeglichenen Haushaltes ein entsprechendes Konzept zu erstellen ist.

Frau Trenz befürchtet die zu starre Vorfestlegung bezüglich der anzupassenden Bestattungsgebühren. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause macht darauf aufmerksam, dass die Festlegung im vorliegenden Konzept unter dem Vorbehalt der endgültigen Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung zur Bestattungsgebührenordnung steht.

Herr Rausch weist darauf hin, dass die vorliegende Festlegung noch nicht in dem vorliegenden Haushaltsplan aufgenommen wurde, und bei einem Beschluss hierüber der Haushaltsansatz in der Planung noch entsprechend anzupassen ist.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die vorgelegte 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 92 HGO zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

- einstimmig angenommen -

TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

Frau Trezn fragt an, ob der Ärztliche Notdienst im Totenhäuser Weg eingestellt werden soll.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause antwortet hierauf, dass der Stadt von einer möglicherweise beabsichtigten Schließung des Notdienstes nichts bekannt ist.

Mitteilungen liegen nicht vor.

Allendorf (Lumda), den 09.05.12

gez. Dr. Karl

**(Stadtverordneter
Dr. Jochen Karl)
Vorsitzender**

Rausch

**(Leiter der Finanzverwaltung
Jürgen Rausch)
Schriftführer**

Anwesenheitsliste

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

Herr Stadtverordneter Christian
Zuckermann

SPD-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Dr. Jochen Karl
Herr Stadtverordneter Apala-Raphael
Omokoko

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Gerold Franz

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt

BFA/FDP-Fraktion :

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

Magistrat :

Frau Bürgermeisterin Annette Bergen-
Krause
Herr 1. Stadtrat Ernst Jürgen Bernbeck
Herr Stadtrat Stephan Büker
Herr Stadtrat Herbert Lotz
Herr Stadtrat Reiner Placzko
Herr Stadtrat Udo Schomber
Herr Stadtrat Werner Thielemann

Stadtverordnete :

Herr Stadtverordneter Walter Deissmann
Herr Stadtverordneter Walter Diehl
Herr Stadtverordneter Reiner Käs
Herr Stadtverordneter Thomas Stein

Verwaltung :

Herr Leiter der Finanzverwaltung Jürgen
Rausch

Fraktionsvorsitzender :

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb

entschuldigt fehlten:

Magistrat :

Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach

Stadtverordnetenvorsteher :

Herr Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz
Erbach